

Medienmitteilung

Basel, 19.4.2010

## vpod gratuliert dem Universitätsspital USB zu einem erfolgreichen Jahr!

Das USB präsentiert sich an der heutigen Medienkonferenz modern und selbstbewusst als erfolgreicher und effizienter Anbieter qualitativ hochstehender Gesundheitsdienstleistungen. Dies entspricht dem zentralen Leistungsauftrag des Spitals, welcher notabene verfassungsmässig verankert und demokratisch definiert ist. Und damit beweist das USB gleich selber, dass dieses Angebot auch als Dienststelle der Verwaltung erfolgreich und kundenfreundlich erbracht werden kann.

Heute gilt: Die öffentlichen Spitäler arbeiten selbständig, bei Bedarf kann aber auf demokratischem Weg Einfluss genommen werden. Lohnexzesse und kostspielige Fehlentscheide waren und sind dadurch nicht möglich. **Durch Auslagerungen wird die demokratische Kontrolle und Steuerungsmöglichkeit jedoch eingeschränkt, ja praktisch ausgeschlossen.** Es werden Verwaltungsräte installiert, die nicht mehr den Gesamtüberblick haben und die Gesamtverantwortung wahrnehmen sondern die unmittelbaren betrieblichen Markt-Interessen in den Vordergrund stellen. **Der unbegrenzten Mengenausweitung und damit der Kostenexplosion im Gesundheitswesen kann aber nur durch gezielte und überlegte Steuerung begegnet werden.** Diese Möglichkeit der demokratischen Kontrolle und Mitbestimmung darf nicht aus der Hand gegeben werden.

### Pflegenotstand

Der Personalmangel im Gesundheitswesen droht alarmierende Ausmasse anzunehmen. Gerade heute, wo die Personallücke jährlich um ca 4600 Personen (Schweiz) zunimmt, gilt es, besonders Sorge zu tragen zum Personal. Ein wichtiger Faktor für gut versorgte Patienten ist motiviertes und qualifiziertes Personal. Dazu braucht es gute Anstellungs- und Arbeitsbedingungen. Mit Auslagerungen geraten diese in Gefahr und somit auch die Versorgungssicherheit und Versorgungsqualität.

Aus den ernüchternden Erfahrungen mit Liberalisierung und Deregulierung in anderen Bereichen (z.B. Strommarkt) und dem Ausland (z.B. Deutschland) sollten wir lernen und nicht die gleichen Fehler machen. Der vpod wehrt sich gegen Auslagerungen im Gesundheitsbereich, denn:

- Es gibt keine bundesgesetzlichen Vorgaben, die eine Auslagerung rechtfertigen oder gar erzwingen würden.
- Mit und durch Auslagerungen wird der Einfluss des Parlaments beschnitten.
- Auslagerungen sind der erste Schritt Richtung Privatisierung.
- **Wettbewerb durch Auslagerung und Privatisierung bringt nicht mehr Qualität sondern vorab schlechtere Anstellungsbedingungen für das Personal, steigende Preise und höhere Kosten für die Allgemeinheit.**

Für weitere Informationen:

Urs Müller                      079 507 46 88  
Susanne Nese                    076 347 41 99